Christina Schraml, Emilie Kleinszig

From Obstacle to Opportunity: Bürgerbeteiligung in der lebenswertesten Stadt der Welt

URN: urn:nbn:de:0156-3892047

CC-Lizenz: BY-ND 3.0 Deutschland

S. 31 bis 44

Aus:

Swantje Grotheer, Arne Schwöbel, Martine Stepper (Hrsg.)

**Nimm´s sportlich –
Planung als Hindernislauf**

16. Junges Forum der ARL
29. bis 31. Mai 2013 in Kaiserslautern

Arbeitsberichte der ARL 10

Hannover 2014

AKADEMIE
FÜR RAUMFORSCHUNG
UND LANDESPLANUNG
LEIBNIZ-FORUM FÜR RAUMWISSENSCHAFTEN

Christina Schraml, Emilie Kleinszig

From Obstacle to Opportunity: Bürgerbeteiligung in der lebenswertesten Stadt der Welt

Gliederung

1 Einleitung
1.1 Warum Beteiligung?
1.2 Stufen der Beteiligung
2 Schauplatz Wien
2.1 Rahmenbedingungen und Kontext der Fallbeispiele
2.2 Fallbeispiel Umgestaltung Schwedenplatz-Morzinplatz
2.3 Fallbeispiel Neugestaltung Mariahilfer Straße
2.4 Optimierungspotenziale der Beteiligungsstrategien
3 Das Partizipationstool Urban Re:view
3.1 Vorbemerkungen
3.2 Zum Ursprung des Urban Re:view
3.3 Der Ablauf
4 Schlussfolgerungen und zentrale Handlungsempfehlungen
Literatur

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund aktueller Diskurse um die zunehmende Bedeutung von kollektiven Entscheidungsprozessen bzw. um die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in urbanen Planungsprozessen versucht dieser Beitrag einen Zusammenhang zwischen gegenwärtigen Beteiligungsstrategien und „smarter“, nachhaltiger und demokratischer Stadtentwicklung herzustellen. Anhand zweier konkreter Wiener Fallbeispiele wird untersucht, welchen Nutzen und welche Schwierigkeiten die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger mit sich bringt, sowie der Frage nachgegangen, wie man Beteiligungsprozesse so gestalten kann, dass ein gemeinsamer Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, als „lokale Expertinnen und Experten” mit verschiedenen sozio-kulturellen Hintergründen und diversen Bedürfnissen, und Planungsexpertinnen und -experten angeregt wird. Ein Verständnis von Planungsprozessen als gemeinschaftliche Aufgabe trägt zu Transparenz, Offenheit und Akzeptanz bei, was wiederum die effizienteste Form der Konfliktprävention darstellt. Ein Schwerpunkt des Beitrags liegt auf dem partizipativen Urban Re:view Place Assessment Tool.

Schlüsselwörter

Partizipation – Partizipationstools – Wien – Urban Re:view Place Assessment Tool – demokratische Stadtentwicklung

From Obstacle to Opportunity: Engaging the Public in the World's most Livable City

Abstract

Against the background of increasing participation processes in urban planning, this contribution explores the relationship between contemporary participation processes and smart, sustainable, and democratic city development. Participatory planning is increasingly gaining importance in urban discourse as collective decision-making has the potential to diminish traditional power structures. Public engagement at an early stage of the development process can increase the value of public contribution and reduce the likelihood of public rejection of eventual proposals. By describing two examples of Viennese participation processes this contribution outlines some major advantages, shortcomings and challenges of public participation. Furthermore, the Urban Re:view Place Assessment Tool is presented as a low-tech, low-cost, highly inclusive method of urban analysis which can foster public participation.

Keywords

Public participation – participation tools – Vienna – Urban Re:view Place Assessment Tool – democratic city development

1 Einleitung

Vor dem Hintergrund aktueller Diskurse um die zunehmende Bedeutung von kollektiven Entscheidungsprozessen bzw. die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in urbanen Entwicklungs- und Planungsprozessen, versucht dieser Beitrag den Zusammenhang zwischen gegenwärtigen Beteiligungsstrategien und „smarter", nachhaltiger und demokratischer Stadtentwicklung zu beleuchten bzw. der Frage nach den Chancen und Grenzen der Partizipation nachzugehen. Neben der Veranschaulichung von zwei Wiener Fallbeispielen, die als Partizipationsmethoden die „Dialog Box" und „e-Partizipation" verwenden, wird das kürzlich entwickelte Partizipationstool Urban Re:view als mögliche (ergänzende) Alternative vorgestellt.

1.1 Warum Beteiligung?

Diversität und Komplexität sind für Städte und urbane Sozialsysteme des postmodernen Zeitalters kennzeichnend. Diese Charakteristika spiegeln sich in den verschiedenen Interessen und Anforderungen der Stadtbewohnerinnen und -bewohner an Stadträumen wider. Nicht immer werden Stadträume den Bedürfnissen aller Menschen, die in der jeweiligen Stadt wohnen oder diese nutzen, gerecht. Ganz im Gegenteil, der urbane Raum ist von sozialer Ungleichheit und von Machtstrukturen geprägt.

Genau jene, die ohnehin an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, sind häufig von der Teilhabe an Beteiligungsverfahren ausgeschlossen. Dazu zählen vor allem sozioökonomisch schwächere Gruppen und jene Personen, die von sozialem und politischem Ausschluss betroffen oder bedroht sind. Diese Exklusion sogenannter Randgrup-

pen wirkt sich negativ auf die Förderung einer demokratischen Gesellschaft aus und muss daher als ernst zu nehmende Herausforderung positioniert werden – denn Beteiligung hat das Potenzial, Entscheidungen über Ressourcen demokratischer durchzuführen und damit Umverteilungen im urbanen Machtgefüge anzukurbeln. Kurz: Partizipationsprozesse bieten die Chance, soziale Schieflagen aufzubrechen.

Allgemeines Ziel von Partizipation ist die Abbildung eines möglichst breiten Spektrums der Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung. Durch eine frühzeitige Erfassung der Anforderungen und Präferenzen der Bevölkerung und offene transparente Einbindung kann Beteiligung zu einer konstruktiven und zukunftsweisenden Prävention möglicher Konfliktpunkte beitragen.

1.2 Stufen der Beteiligung

Ein Modell, welches in Zusammenhang mit Partizipation häufig Verwendung findet, ist Sherry Arnsteins 1969 entwickelte „Partizipationsleiter" (Arnstein 1969; vgl. Abb. 1). Aus diesem Modell geht hervor, dass unterschiedliche Stufen der Beteiligung, abhängig vom jeweiligen Ausmaß an Entscheidungsmöglichkeiten, unterschieden werden können. In Anlehnung an das Modell kann Partizipation als Teilhabe an der Entscheidungsmacht beschrieben werden. Im Detail werden folgende Partizipationsstufen voneinander unterschieden:

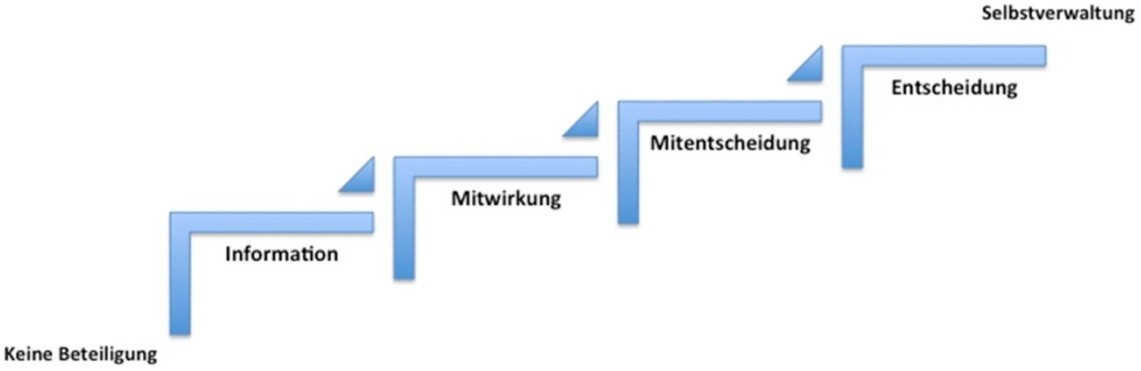
Auf der untersten Partizipationsstufe „Information" werden Interessierte und Betroffene eingeladen, sich über ein geplantes Vorhaben zu informieren und sich über die damit in Verbindung stehenden Auswirkungen aufklären zu lassen. Häufig verwendete Informationsmittel auf dieser Stufe sind Aushänge oder Wurfsendungen.

Auf der zweiten Stufe der „Mitwirkung" bzw. „Konsultation" können sich Interessierte informieren und darüber hinaus Stellung zu den vorgelegten Plänen vornehmen. Das heißt, „Betroffene" erhalten die Möglichkeit, ihre Interessen, Bedürfnisse und Ideen im Sinne einer Anregung für die geplante Umsetzung einzubringen, können jedoch nicht über Inhalte entscheiden. Die Wahrung der Interessen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ist nicht zwingend gegeben.

Die nächste Partizipationsstufe „Mitentscheidung" bzw. „Kooperation" ist erreicht, wenn Interessierte und „Betroffene" bei Entwicklungsvorhaben mitbestimmen können. Gemeinsam mit den Verantwortlichen können Ziele ausgehandelt und deren Ausführung und Umsetzung geplant werden. Interessierte haben einen sehr großen Einfluss auf die geplanten Maßnahmen und können ihre Meinungen, Wünsche und Bedürfnisse explizit einbringen.

„Entscheidung" bis hin zur „Selbstverwaltung" liegt vor, wenn Bürgerinnen und Bürger oder Anrainerinnen und Anrainer ihre Stimme abgeben und damit eine verbindliche, gemeinsame und von vielen legitimierte Entscheidung treffen. Die Entscheidungsmacht über eine Sache wird also aktiv geteilt (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2012).

Abb. 1: Partizipationsleiter in Anlehnung an Sherry Arnsteins „ladder of participation“



Quelle: Eigene Darstellung nach Lüttringhausen (2000: 66 ff.)

In der Praxis bestimmen leider oft politischer Wille oder finanzielle Möglichkeiten den Grad der Beteiligung. Wünschenswert wäre es, dass stattdessen Inhalte und bestmögliche Umsetzung des Projekts die Wahl der Stufe der Partizipationsleiter definieren.

2 Schauplatz Wien

In diesem Kapitel werden die zunehmende Bedeutung von Governance, Dezentralität, Transparenz und das „Smart City Wien“-Projekt in Wien skizziert, um die Rahmenbedingungen und den Kontext für die nachfolgenden Wiener Fallbeispiele darzustellen.

2.1 Rahmenbedingungen und Kontext der Fallbeispiele

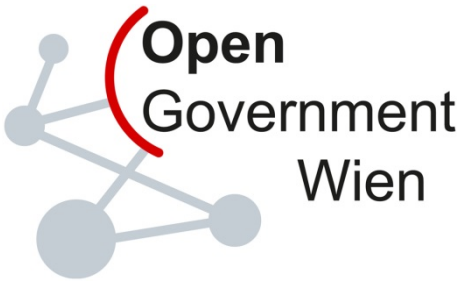
In Wien gewinnen die Themen „Dezentralität“ und „Governance“ zusehends an Bedeutung. Seit 1988 zeichnet sich die Wiener Stadtverwaltung durch einen Trend in Richtung Dezentralisierung aus: Die Wiener Bezirksorgane werden, je nach Bereich, in unterschiedlichem Ausmaß in Entscheidungsprozesse eingebunden.

Ähnlich lässt sich eine Tendenz von Government to Governance ablesen: Die Stadt setzt seit mehreren Jahren vermehrt auf die Wahrung und Vertretung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger. So wurden in Wien in den letzten Jahren mehrere Volksbefragungen und Volksabstimmungen über zentrale Themen der Stadt(entwicklung) durchgeführt. Beispielsweise befragte die Stadt im März 2013 ihre Bürgerinnen und Bürger zur Parkplatzsituation in der Stadt, ob öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden sollen, ob sich die Stadt um die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2028 bemühen soll und ob Investment in erneuerbare Energie auch fortan getätigt werden soll.[1] Die Resultate der Volkbefragungen sind jedoch für die Stadt nicht bindend.

Transparenz ist ein weiterer immer wichtiger werdender Bestandteil der Wiener Stadtverwaltung. Stadtdaten unter anderem in den Bereichen Bevölkerung, Verkehr, Wirtschaft werden online zur Verfügung gestellt. Der Stadtverwaltung zufolge soll durch diese Open-Data-Initiative Wissen über die Stadt breit und demokratisch verteilt werden. Auf diesem Weg soll ein Dialog zwischen der Stadtverwaltung und der Bevölkerung initiiert werden. Zudem soll Open Data auch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen und Entscheidungsprozessen fördern.[2]

[1] Vgl. http://www.wien.gv.at/politik/wahlen/volksbefragung/2013/ (10.02.2014).
[2] Vgl. http://data.wien.gv.at (10.02.2014).

Abb. 2: Open-Data-Initiative der Stadt Wien



Quelle: https://smartcity.wien.at/site/wp-content/blogs.dir/3/files/2013/08/Open-Government-Logo_OG_Wien_RGBO.jpg (03.03.2014)

Weltweit bekennen sich mehr und mehr Städte zum „Smart City"-Prinzip. Die Definition und die Indikatoren einer „Smart City" sind vielfältig und spezifisch zugleich. Knapp zusammengefasst steht neben dem Ziel der Optimierung der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit die Partizipation – also die demokratische Einbindung einer Vielzahl von Meinungen und das Engagement jeder und jedes Einzelnen für ein partnerschaftliches Zusammenleben – im Entwicklungsprozess zur intelligenten Stadt („Smart City") im Mittelpunkt. Verschiedene Perspektiven formen so einen gemeinsamen Blick in die Zukunft einer Stadt.[3]

Diesem Motto folgend setzt auch die Stadt Wien vermehrt den Fokus auf Partizipationsprozesse, um demokratische, nachhaltige und smarte Stadtplanung unter Einbezug der Bürgerinnen und Bürger vorzunehmen und sich so zu einer intelligenten, zukunftsfähigen und chancenorientierten Stadt zu entwickeln (vgl. Abb. 3).

Unter diesem Gesichtspunkt stellt sich die Frage, welche unterschiedlichen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements die Stadt Wien anstreben soll. Zudem muss diskutiert werden, welche Chancen und Risiken damit verbunden sind und welche Instrumente und Methoden am besten geeignet sind, um partizipativer Stadtplanung und Stadtentwicklung einerseits einen höheren Stellenwert zu verleihen, andererseits diese erfolgreich umzusetzen.

Im folgenden Teil werden zwei Beispiele aus dem Stadtraum Wien, mit denen die Stadt für die zunehmende Bedeutung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern wirbt, exemplarisch dargestellt. Die Wiener Fallbeispiele werden hinsichtlich Nutzen und Schwierigkeiten von Beteiligung untersucht. Insbesondere wird, wie zuvor dargestellt, darauf eingegangen, wie transparent die Projekte sind, wie „smart" dabei vorgegangen wird, und wie stark dabei die Aspekte der Governance und Dezentralität zum Tragen kommen. Zudem wird festgestellt, welches Partizipationstool Verwendung findet, ob es eine Methodenvielfalt gibt, ob die definierten Zielgruppen erreicht wurden und auf welcher Stufe der Beteiligungsleiter die jeweiligen Projekte einzuordnen sind.

[3] Vgl. https://smartcity.wien.at/site/ (10.02.2014).

Abb. 3: Werbeplakat Smart City Wien

Quelle: Stadt Wien

2.2 Fallbeispiel Umgestaltung Schwedenplatz-Morzinplatz

Mit der Umgestaltung des Bereichs Schwedenplatz-Morzinplatz, einem geschichtsträchtigen Ort und wichtigen Verkehrsknotenpunkt in der Wiener Innenstadt, setzte die Stadt Wien neue Maßstäbe im Hinblick auf die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei Planungsprozessen. Da der Platz Tag und Nacht viele Funktionen erfüllt, wird er auch von unterschiedlichsten Personengruppen genutzt. Ziel ist es, den Platz in den kommenden Jahren unter Berücksichtigung der Nutzungswünsche der verschiedenen Gruppen umzugestalten.

Im Juni 2012 wurde in der ersten Phase des Beteiligungsprozesses eine Dialogbox vor Ort initiiert, in welcher Bürgerinnen und Bürger ihre Bedürfnisse und Ideen zur Umgestaltung des Bereichs Schwedenplatz-Morzinplatz mit Post-its einbringen konnten. Gleichzeitig wurde e-Partizipation angeboten. Über eine eigene Webseite wurden die Beiträge der Wienerinnen und Wiener gesammelt (vgl. Abb. 4).

Im Fokus standen dabei laut Angaben der Stadt Wien die Sammlung von Nutzungen und Qualitäten, aber auch von vorhandenen Mängeln und Lücken vor Ort.[4] Insgesamt wurden über die Tools Dialogbox und e-Partizipation rund 1.150 Beiträge von den Bürgerinnen und Bürger eingebracht.

Die gesammelten Ideen und Möglichkeiten wurden anschließend in Kategorien zusammengefasst. Diese Selektion konnte in einer zweiten Phase wiederum vor Ort und online gewichtet werden. Anhand dieser Sammlung und Wertung der Bedürfnisse und Verbesserungsideen wird von einem ressortübergreifenden Team der Stadt Wien ein Leitbild erarbeitet, welches die Basis des Umgestaltungsprozesses bildet. An der Erarbeitung des Leitbildes sind Expertinnen und Experten, z. B. aus dem Bereich Verkehrsplanung, beteiligt. Das Leitbild, welches die Grundlage für den geplanten Gestaltungswett-

[4] Vgl. http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/schwedenplatz/ (10.02.2014).

bewerb bildet, soll die ausgearbeiteten Qualitätskriterien und Nutzungsanforderungen der Bürgerinnen und Bürger beinhalten.

Abb. 4: Umgestaltung Schwedenplatz

Quelle: https://schwedenplatz.wien.gv.at/ppr19/schwedenplatz/ (10.02.2014)

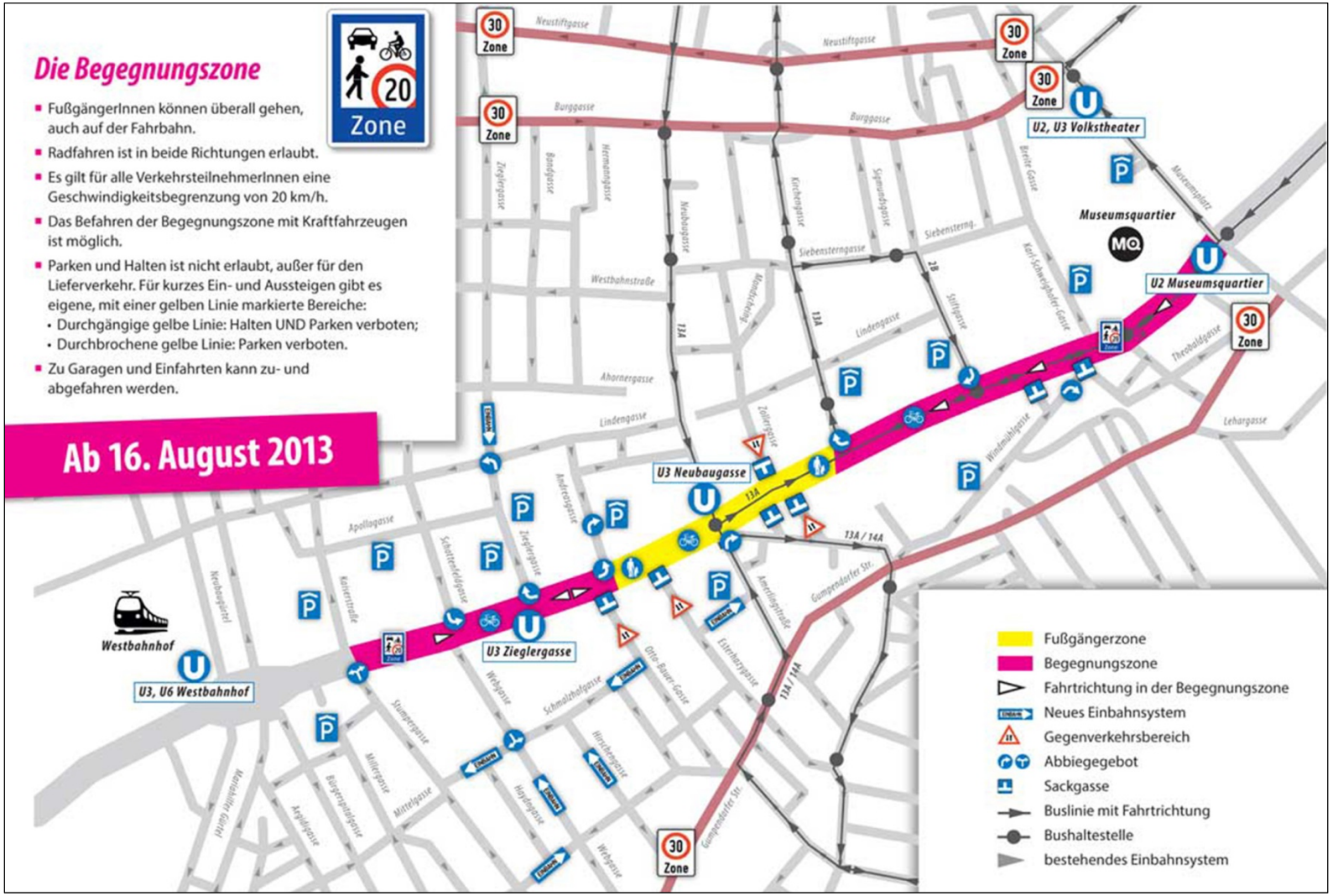
2.3 Fallbeispiel Neugestaltung Mariahilfer Straße

Die Mariahilfer Straße im 6. Wiener Gemeindebezirk hat als eine der wichtigsten Einkaufsstraßen Wiens mit rund 10 % des gesamten Wiener Einzelhandelsumsatzes eine zentrale Bedeutung für die Stadt. Im August 2013 wird diese teilweise in eine Fußgängerzone umgewidmet und mittels eines umfassenden Beteiligungsverfahrens neu gestaltet, um vor Ort eine Steigerung der Aufenthaltsqualität zu erzielen. Kernelemente des neuen Verkehrskonzeptes sind Begegnungszonen mit einer gemeinsamen Nutzung, Fußgängerzonen, Zonen für Radfahrer und neue „Tempo 30"-Bereiche (vgl. Abb. 5).

In einem vergleichbaren Verfahren wie beim Beispiel „Umgestaltung Schwedenplatz-Morzinplatz" wurden Bürgerinnen und Bürger angehalten, ihre Bedürfnisse, Ideen und Wünsche durch eine Dialogbox vor Ort einzubringen. Darüber hinaus gab es mehrere Dialogveranstaltungen sowie über die Webseite www.dialog-mariahilferstrasse.at die Möglichkeit, über ein Online-Formular mitzureden und Ideen einzubringen, was von insgesamt rund 950 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, vor allem Kundinnen, Kunden, Anrainerinnen, Anrainern und Wirtschaftstreibenden genutzt wurde. Der beschriebene Dialogprozess über das Online-Tool und die Dialogbox, der laut Stadt Wien Klarheit über die Bedürfnisse und Interessen der Beteiligten brachte, bildet nun die Grundlage des neuen Verkehrskonzeptes. Besonders der Wunsch nach mehr Raum für den nichtmotorisierten Individualverkehr wurde häufig geäußert. Die neuen Regelungen sollen nun mehrere Monate getestet werden, danach soll eine erneute Befragung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen.[5]

[5] Vgl. http://www.dialog-mariahilferstrasse.at/ (10.02.2014).

Abb. 5: Neugestaltung Mariahilfer Straße



Quelle: http://www.dialog-mariahilferstrasse.at/wp-content/uploads/2013/07/0711_folder_mahue_ PRINT_2.jpg

2.4 Optimierungspotenziale der Beteiligungsstrategien

Grundsätzlich verfolgen beide Beispiele durch das aktive Einbeziehen der Bürgerinnen und Bürger den Ansatz „From Government to Governance". Ein Kritikpunkt des Beispiels „Schwedenplatz-Morzinplatz" ist, dass trotz des durchaus ambitionierten Ansatzes das Leitbild zwar als Grundlage für den weiteren Entwicklungsprozess gilt, die Verbesserungsvorschläge der Bürgerinnen und Bürger aber nicht notwendigerweise direkt umgesetzt werden. Mit anderen Worten: Es wird auf der Partizipationsleiter die Stufe der „Mitentscheidung bzw. Kooperation" nicht erreicht. Die Beteiligung bleibt auf der zweiten Stufe („Mitwirkung und Konsultation") stehen. Vergleichbar ist auch das Beispiel „Mariahilfer Straße" auf der zweiten Stufe der Partizipationsleiter einzuordnen. Beide Beispiele erfüllen den Anspruch an Transparenz. Auf den eigens eingerichteten Webseiten können sich Interessierte jederzeit im Detail über Inhalte und Projektstatus informieren oder Berichte, die als Download zur Verfügung stehen, nachlesen.

Beim Beispiel „Mariahilfer Straße" ist jedoch die undefinierte Dauer der Testphase zu kritisieren. Im Sinne der Transparenz wären genaue Informationen zur Dauer, zur weiteren Vorgehensweise und zur Evaluierung wünschenswert. Entsprechend dem „Smart City"-Prinzip setzen sich beide Projekte zum Ziel, folgende Aspekte einfließen zu lassen: Nachhaltigkeit, Optimierung unterschiedlicher Mobilitätsformen, Verbesserung der Infrastruktur und der allgemeinen Lebensqualität.

Beide Beispiele verwenden zwar vielfältige Methoden, was grundsätzlich die Erreichbarkeit diverser Zielgruppen erhöht. Allerdings ist anzumerken, dass das Tool e-Partizipation bestimmte Gruppen nicht inkludiert, z. B. technisch unversierte (häufig ältere) Menschen. Darüber hinaus ist, was hier als Dialog (Dialogbox) bezeichnet wird, oftmals eine einseitige Kommunikationsform, da Bürgerinnen und Bürger keine direkte Rückmeldung erhalten (Webseite). Nach wie vor zeigen oft nur die „üblichen Verdächtigen" an dem Beteiligungsangebot Interesse. Die breite Bevölkerung bzw. alle Zielgruppen werden jedoch nicht erschlossen.

3 Das Partizipationstool Urban Re:view

3.1 Vorbemerkungen

Wie beide Fallbeispiele deutlich zeigen, setzt die Stadt Wien vermehrt auf Beteiligungsprozesse. Ziel ist es, durch einen Dialog die Bürgerinnen und Bürger für Stadtentwicklungsthemen zu sensibilisieren bzw. eine Debatte über die Stadt zu eröffnen. Wie demonstriert, steckt einiges Potenzial in den eingesetzten Methoden der Dialogbox oder dem bereits sehr gängigen Tool der e-Partizipation, jedoch haben diese, wie diskutiert, auch Schwächen.

Dies wirft die Frage nach einer ergänzenden Methode auf, deren Zielsetzung es ist, insbesondere auf die „schwer erreichbaren" Zielgruppen zuzugehen und eine gemeinsame Diskussion mit den verschiedenen Akteuren zu eröffnen. Es stellt sich die Frage, wie die Stadt integrierend auf die Bedürfnisse der diversen Bewohnerinnen und Bewohner reagieren kann. Dazu braucht es „smarte" partizipative Tools, die es ermöglichen, dass Bewohnerinnen und Bewohner zu aktiven, selbstbestimmten Bürgerinnen und Bürgern werden. Sie werden so zu Akteurinnen und Akteuren ihrer urbanen Umwelt. Ein „smartes" Partizipationstool nutzt die Diversität einer Stadt und involviert Personen aus den verschiedensten Stakeholder-Gruppen. Eine smarte Stadtentwicklung setzt neben technologischen Innovationen auch das Wissen über und Verständnis für die eigene Stadt als Ressource ein. In diesem erweiterten Verständnis bedeutet „smart", den Wert

vorhandener Ressourcen durch die Förderung von urbanen Dialogen oder Kooperationen zu maximieren.

Dieses Kapitel widmet sich dem Urban Re:view Place Assessment Tool als Beispiel eines smarten und integrativen Partizipationstools. Das Urban Re:view Place Assessment Tool, welches entwickelt wurde, um neben herkömmlichen Partizipationsmethoden ergänzend oder alternativ eingesetzt zu werden, bezieht lokale Akteurinnen und Akteure als lokale Expertinnen und Experten mit ein. Aktuell befindet sich das Urban Re:view Place Assessment Tool in der Pilotphase.

Basierend auf der in nordamerikanischen Städten weit verbreiteten Methode der „Walkability Audits" (vgl. Kapitel 3.2) wurde das Urban Re:view Place Assessment Tool von Grigsby/Kleinszig/Hatz (2013) für den europäischen Kontext adaptiert und weiterentwickelt. Urban Re:view versteht sich als Analyse- und Bewertungsinstrumentarium eines Ortes unter Einbezug aller Aspekte, die diesen Ort ausmachen, beispielsweise Mobilität, aber auch emotionale, symbolische, historische und ästhetische Komponenten von Raumqualität. Abgesehen von der aktiven Beteiligung unterschiedlicher Interessensgruppen (Kinder, Erwachsene, ältere Menschen, Anrainerinnen und Anrainer, Stadtplanerinnen und Stadtplaner, Menschen mit besonderen Bedürfnissen etc.) und der Integration der damit einhergehenden diversen Anforderungen und Bedürfnisse dieser Akteurinnen und Akteure sowie Nutzerinnen und Nutzer an Räume („respective viewpoints") zeichnet es sich vor allem durch seine Niederschwelligkeit aus. Beispielsweise erfordert es, im Unterschied zur gängigen Methode der e-Partizipation, weder komplexes technisches Equipment noch spezielles Know-how oder aufwendige finanzielle Ressourcen. Urban Re:view kann daher als integratives und smartes Partizipationstool für die Stadtanalyse und Stadtplanung ganz im Sinne nachhaltiger Stadtentwicklung mit hoher Lebensqualität angesehen werden (vgl. Grigsby/Kleinszig/Hatz 2013).

3.2 Zum Ursprung des Urban Re:view

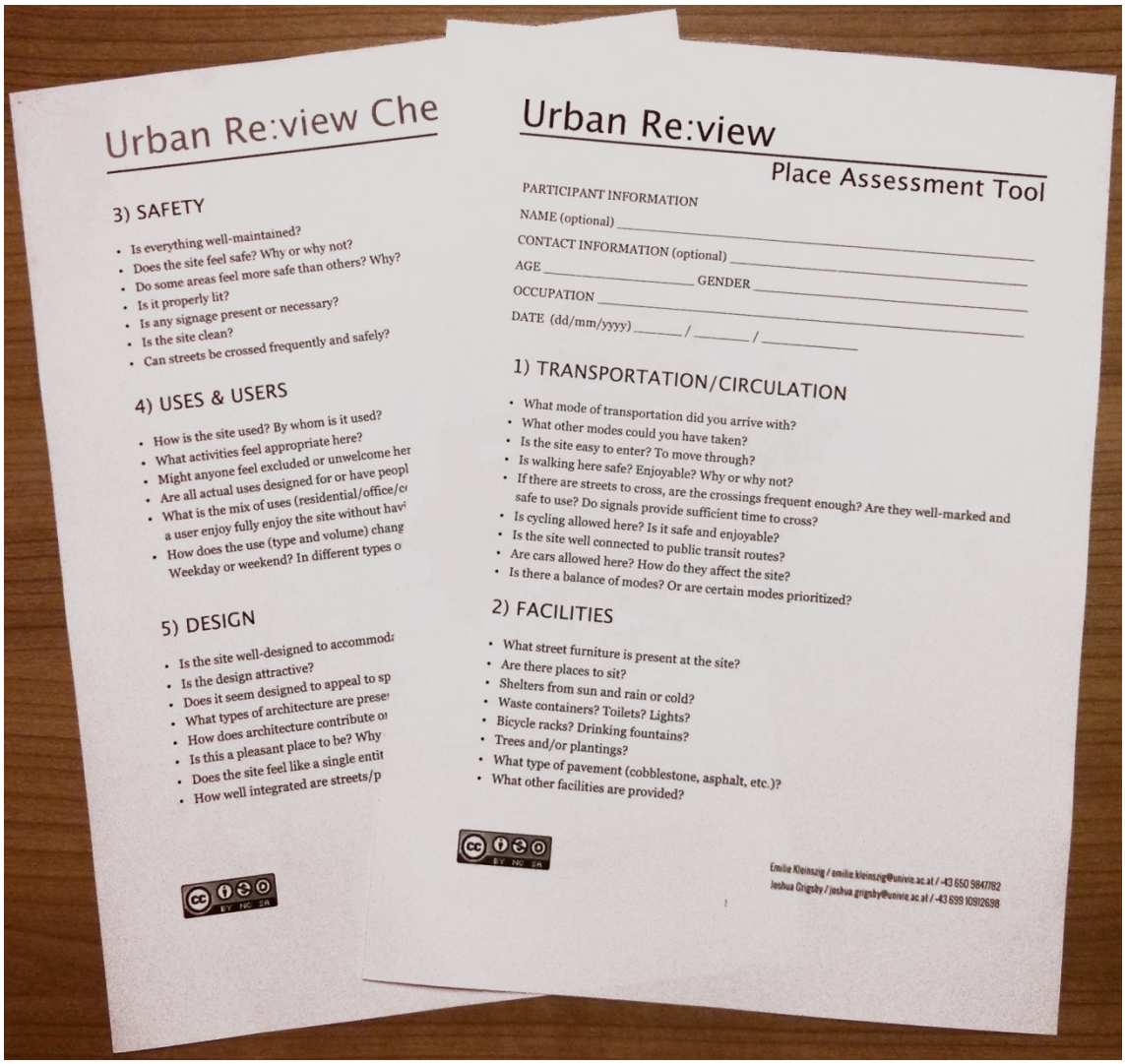
„Walkability Audits" oder kurz „Walk Audits" sind ein Instrument der Stadtraumanalyse, welches derzeit vor allem in nordamerikanischen Städten praktiziert wird. In diesen urbanen Räumen wird Mobilität vor allem vom motorisierten Individualverkehr dominiert und es stellt sich daher die Frage, ob Stadträume überhaupt „begehbar" sind. In US-amerikanischen Städten beachten „Walk Audits" vor allem Sicherheit und Schutz der Fußgängerinnen und Fußgänger und zielen darauf ab, von Autos dominierte Räume fußgängerfreundlicher zu gestalten (Burden/Litman 2011: 36). Im Gegensatz dazu steht im europäischen Kontext, insbesondere im Fall von Innenstädten und Zentren, nicht die Frage der „Begehbarkeit" des Stadtraums im Vordergrund, sondern vielmehr die Frage danach, wie sich die Erfahrung des urbanen Raums für unterschiedliche Akteure gestaltet. Ausgehend von solchen „Walk Audits" wurde das Konzept für europäische Städte rekontextualisiert.

Urban Re:view ist ein ergänzendes Analyseinstrument für komplexe urbane Systeme, welches nicht nur planerische Aspekte, sondern auch ästhetische und soziale Komponenten von Raumqualität berücksichtigt.

3.3 Der Ablauf

Eine möglichst vielfältig zusammengesetzte Gruppe, bestehend aus verschiedenen lokalen Expertinnen und Experten, Planerinnen und Planern, Architektinnen und Architekten sowie Stadtforscherinnen und Stadtforschern, begeht eine Örtlichkeit oder eine geplante Route. Während der Begehung wird durch Observierung und mittels einer eigens vorbe-

Abb. 6: Exemplarische Darstellung der Kategorien und Fragestellungen einer Urban-Re:view-Checkliste



Quelle: Eigene Darstellung nach Grigsby/Kleinszig/Hatz (2013: 163)

reiteten Checkliste das räumliche Umfeld evaluiert. Die Checkliste bedient sich diverser Komponenten des öffentlichen Raums (vgl. Abb. 6). So wird beispielsweise in der Kategorie Mobilität evaluiert, ob die vorhandene Infrastruktur für Fußgängerinnen und Fußgänger, Menschen mit Kinderwagen, Rollstuhlnutzerinnen und -nutzer oder Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer adäquat ausgestattet und ob ein sicheres Fortbewegen gewährleistet ist. Abgehandelt werden aber auch andere Aspekte, die zur Qualität des Ortes beitragen, wie beispielsweise Straßenmöblierung, Grünflächen, verschiedene Nutzungsmöglichkeiten oder Architektur. Die Checkliste ermöglicht, stadt- oder viertelspezifische Themen aufzunehmen, und wird entsprechend der Lokalität erstellt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Urban Re:views werden eingeladen, sich verschiedene Situationen vorzustellen und unterschiedliche Perspektiven einzunehmen, z. B. „Welche Schwierigkeiten ergeben sich hier für Menschen mit Behinderung?“, „Wie nutzbar ist der Ort für 8- oder 80-Jährige?“ oder „Wie sicher fühle ich mich hier nachts alleine?“. Unmittelbar nach der Begehung erfolgen die gemeinsame Auswertung der Antworten

und eine Diskussion positiver und negativer Aspekte in Form eines „Round Tables", der von neutralen Mediatorinnen und Mediatoren moderiert wird. Außerdem werden Verbesserungsmöglichkeiten und erforderliche Maßnahmen zu deren Umsetzung besprochen. In diesem Sinne wird eine Möglichkeit zum Dialog geboten, in dem Fragen direkt beantwortet werden, anstatt undiskutiert im Raum stehen zu bleiben.

Da weder technisches Equipment noch spezielles Know-how benötigt werden, kann jeder an einem Urban Re:view teilnehmen oder seinen eigenen Urban Re:view durchführen. Der Urban Re:view stellt somit ein partizipatives und integratives Instrumentarium der Stadtanalyse und Stadtplanung dar, dessen finanzieller Aufwand sehr gering ist. Themen und Fragestellungen können individuell angepasst werden, um auf verschiedene standortspezifische Problemstellungen und Perspektiven einzugehen. Darüber hinaus kann der Urban Re:view in mehreren Sprachen abgehalten werden.

4 Schlussfolgerungen und zentrale Handlungsempfehlungen

Aus der vorangegangenen Darstellung und Analyse der Partizipationstools und Fallbeispiele können folgende Chancen und Grenzen – wobei hier das Wort „Grenzen" besser durch „Herausforderungen" ersetzt werden sollte – zusammengefasst werden.

Zielgruppen

Bezüglich der Zielgruppen haben sich zwei Problemstellungen herauskristallisiert. Die gängigen Beteiligungsmethoden ziehen einerseits oft nur Personen an, die von sich aus an stadtspezifischen Themen interessiert sind und zudem über ausreichende Ressourcen verfügen, um sich zu beteiligen. Man spricht von den „üblichen Verdächtigen". Andererseits ist oft die Rede von besonders „schwer zu beteiligenden Gruppen", wie beispielsweise Seniorinnen und Senioren oder auch Gruppen von Jugendlichen, vor allem männlichen.

Zusammengefasst setzen sich schwer erreichbare Gruppen aus folgenden Kategorien zusammen (Breitfuss 2013):

- Menschen mit geringen persönlichen Ressourcen (Zeit, Geld, Bildung, Kontakte)
- Menschen, die sich von „Beteiligung" nichts erwarten, weil sie entweder schlechte Erfahrungen gemacht haben oder keine Erfahrung darin haben, „gehört" zu werden
- Menschen, deren Fokus (zurzeit) auf anderen Themen liegt

Um der Zielgruppenproblematik entgegenzuwirken, ist es sinnvoll, am Beginn eines Beteiligungsprozesses eine Analyse der betroffenen und damit zu beteiligenden Gruppen zu machen. Zudem sollten verschiedene Kommunikationsarten gewählt werden, um entsprechend genau jene Bevölkerungszielgruppen zu erreichen (Breitfuss 2013).

Zu wenige und zu einseitige Kommunikationswege bergen das Risiko, dass auf die schwer erreichbaren Gruppen nicht genug eingegangen wird und diese folglich nicht erreicht werden. Dies ist häufig darin begründet, dass zu wenig Zeit und/oder monetäre Ressourcen vorhanden sind (Breitfuss 2012: 24).

Darüber hinaus wird die persönliche Kontaktaufnahme mit den Betroffenen, wenn auch kostenaufwendig, als effektivstes Mittel beschrieben. Hier ist es wichtig, den Dialog sensibel zu gestalten und eine Begegnung auf Augenhöhe zwischen Planerinnen, Planern und Bevölkerung zu initiieren, um eine gegenseitige Vertrauensbasis zu schaffen (vgl. Breitfuss 2012: 21).

Partizipationstools

Die Verwendung des richtigen Tools ist entscheidend für die positive Umsetzung des Partizipationsprozesses. Entsprechend dem spezifischen Ziel des Projektes und des Beteiligungsprozesses muss ein Tool gewählt werden, welches die besten Resultate liefert und nicht nach einem starren Prozessdesign agiert. Ob online oder offline, ob großangelegte Umfrage oder intensive Workshops mit einer Fokusgruppe, die richtige Methode muss je nach Projekt sorgfältig abgewogen werden. Egal welche Form der Beteiligung gewählt wird, wichtig sind in jedem Fall Transparenz und Offenheit, um den Beteiligungsprozess nachvollziehbar zu gestalten. Empfehlenswert wäre ein ausgewogener Mix (Methodenvielfalt), um ein möglichst breites Spektrum an Beteiligung zu bieten.

Mediatorinnen und Mediatoren

Ein gelungener Partizipationsprozess und das erfolgreiche Erreichen der Zielgruppen sind zudem abhängig von professioneller Organisation und Moderation. Moderation ist vor allem wichtig, um den Dialog zwischen den verschiedenen Kulturen von Bürgerinnen und Bürgern, Fachleuten, Politik und Verwaltung am Laufen zu halten bzw. zu „übersetzen". Zudem ist es die Rolle der Organisatorinnen, Organisatoren, Moderatorinnen und Moderatoren, als Medium zwischen den Parteien zu agieren und neutrale Kommunikationsräume zu schaffen, in denen Entscheidungen ausgehandelt werden können. Ein transparenter Prozess und ein kontinuierliches Sichtbarmachen der (Zwischen-)Ergebnisse sind ein weiterer Erfolgsfaktor (vgl. Breitfuss 2012). In diesem Sinne bieten intermediäre Institutionen große Chancen für Beteiligungsverfahren.

Probleme und Grenzen

Trotz der Potenziale von Beteiligungsverfahren zeichnen sich auch Grenzen und Limitationen ab. So ist es beispielsweise illusorisch, einen allgemeinen Konsens zwischen allen Beteiligten und Parteien herstellen zu wollen. Manche Mega-Projekte erlauben aufgrund ihrer hohen Komplexität oder der großen Anzahl verschiedener Akteurinnen und Akteure nur limitiert Beteiligung. Zudem sind knappe Ressourcen, unter anderem finanzieller, personeller oder struktureller Natur, ein Problem, durch das Beteiligungsprojekte zu einer negativen Erfahrung für die Bevölkerung werden können. Bei zu knappen Ressourcen ist es daher ratsam, die Art der Beteiligung genau zu planen oder sogar gänzlich darauf zu verzichten.

Fazit: „Betroffene" zu Beteiligten machen

Obwohl Partizipation, wie im Beitrag gezeigt wurde, oftmals an ihre Grenzen stößt und zahlreiche Herausforderungen mit sich bringt, ist sie dennoch förderungswert im Sinne einer demokratischen, smarten und somit nachhaltigen Stadtentwicklung. Eine frühzeitige aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und die Entwicklung eines Verständnisses für Planungsprozesse als gemeinschaftliche Aufgabe trägt zu Transparenz, Offenheit und Akzeptanz bei, was wiederum die effizienteste Form der Konfliktprävention darstellt.

Literatur

Arnstein, S. R. (1969): A Ladder of Citizen Participation. In: Journal of the American Institute of Planners 35 (4), 216-224.

Breitfuss, A. (2012): Zukunftsdialog Partizipation. Wien. http://www.neuundkuehn.at/fileadmin/_migrated/files/Ergebnisse_Zukunftsdialog_Partizipation_20120504.pdf (10.02.2014).

Breitfuss, A. (2013): Die Gebietsbetreuung Wien – Programm für schwer erreichbare Gruppen? Erfahrungen aus dem 11. Bezirk. Vortrag im Rahmen der Veranstaltung der Arbeiterkammer Wien: BürgerInnenbeteiligung in der Stadt. Zwischen Demokratie und Ausgrenzung? Wien.

Burden, D.; Litman, T. (2011): America needs complete streets. In: ITE Journal (Institute of Transportation Engineers) 81 (4), 36-43.

Grigsby, J.; Kleinszig, E.; Hatz, G. (2013): Emotion statt Emission. In: Widmann, H. (Hrsg.): Smart City – Wiener Know-how aus Wissenschaft und Forschung. Wien, 154-165.

Lüttringhausen, M. (2000): Stadtentwicklung und Partizipation. Fallstudien aus Essen Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt. Bonn.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2012): Handbuch zur Partizipation. Berlin.

Autorinnen

Emilie Kleinszig, (*1985), Master of Arts in Urban Studies, Bachelor of Arts in Arts Management, lebt und arbeitet in Wien. Mitglied und Mitbegründerin des Urban Research Kollektivs Re:act. Co-Autorin von „Smart City“ (Schmid Verlag, 2013), zahlreiche Vorträge, u. a. Masakrytycznie Konferenz in Breslau, Polen (2012), Urban Commons, Berlin (2013). Seit 2012 Mitarbeit am Institut für Geographie und Raumforschung an der Universität Wien im Bereich „Angewandte Stadtforschung“. E-mail: emilie.kleinszig@univie.ac.at

Christina Schraml, (*1985), Master of Arts in European Urban Cultures (POLIS) und Magister der Philosophie. Schwerpunkte: Stadtforschung, Kulturtheorie und Kulturmanagement. Mitarbeit bei Kunst im öffentlichen Raum Wien (2011) und dérive – Zeitschrift für Stadtforschung (2012). Seit 2012 Mitarbeit im MA Social Design_Arts as Urban Innovation am Institut für Kunst und Gesellschaft, Universität für angewandte Kunst Wien. Seit 2013 freie Mitarbeit/Projektmanagement bei art:phalanx. E-mail: christina.schraml@hotmail.com